

Amtliche Bekanntmachung

Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 22. Juni 2009

- I. 1. Die Volksinitiative zur Erhaltung und Sanierung der bestehenden Winterthurer Schwimmbäder wird – in Ergänzung zum bereits Realisierten – mit den folgenden Massnahmen und Festlegungen umgesetzt: a. Die fünf bestehenden Freibäder bleiben erhalten und werden wo erforderlich schrittweise mit gebundenen Mitteln saniert; b. Das Schwimmbad Oberwinterthur wird bis Ende 2012 umfassend saniert; c. Allfällige Erweiterungen oder wesentliche Angebotsänderungen (neue Ausgaben) können fallweise mit Einzelkrediten bewilligt werden. 2. Mit diesem Grundsatzbeschluss wird die Volksinitiative als erledigt abgeschrieben. 3. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Referendum.
- II. 1. Das Sanierungskonzept für das Schwimmbad Oberw'thur wird mit zwei Änderungen (Erhalt des Nichtschwimmerbeckens "Schüeli" und Auskleidung der Schwimmbecken mit Chromstahl statt Kunststoffolie) zustimmend zur Kenntnis genommen. 2. Für die Planung und Projektierung der wertvermehrenden Sanierungsmassnahmen im Schwimmbad Oberw'thur wird ein Kredit von Fr. 400'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
- III. Für die nicht gebundenen Kosten der Sanierung des Restaurants Goldenberg wird ein Kredit von Fr. 465'000.-- zu Lasten der Investitionsrechnung des Finanzvermögens bewilligt. Stichtag für die Berücksichtigung der teuerungs- und MWST-bedingten Mehr- oder Minderkosten: 1. April 2008.
- IV. 1. Für Anlagenobjekte des Betriebes Energie-Contracting (EC) wird ein vierter Rahmenkredit von Fr. 5 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung Stadtwerk Winterthur/EC bewilligt. 2. Über die Aufteilung des Rahmenkredites in die Objektkredite entscheidet der Stadtrat.
- V. Die Interpellation U. Böni (SP) betr. Wohnstadt - Arbeitsstadt - Freizeitstadt, die gesunde Durchmischung machts wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- VI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Baltensberger (SP), B. Günthard Fitze (EVP/GLP), G. Bienz-Meier (CVP) und S. O'Brien (Grüne/AL) betr. Einführung des Lohngleichheitstests (Logib) in der Stadtverwaltung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat Ch. Denzler (FDP) betr. Einrichtung eines Quartiertreffpunktes für Hegi wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- VIII. Die Interpellation R. Wirth (SP) betr. Geldflussrechnungen wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- IX. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) und W. Schurter (CVP) betr. Fahrgastführung am Bahnhofplatz W'thur wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.
- X. Zum Bericht des Stadtrates zum Postulat A. Ramsauer (Grüne/AL), U. Bründler (CVP), M. Zeugin (EVP/EDU/GLP), H. Strahm (SP) und M. Stutz (SD) betr. Förderung von Blockheizkraftwerken wird ein Ergänzungsbericht verlangt.
- XI. Die Interpellation R. Wirth (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Ökologisierung der Stromtarife wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.
- XII. Die Interpellation M. Zeugin (EVP/EDU/GLP) betr. Jungunternehmen in W'thur wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt abgeschrieben.

Rechtsmittel:

- Beschwerde an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat
Frist: 30 Tage ab Publikation

Winterthur, 25. Juni 2009 (Publikationsdatum)

Stadtkanzlei Winterthur

Internet: www.stadt.winterthur.ch